

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

NOUVEL "EN AVANT!" Hebdomadaire en langue allemande

Redaktion und Verlag: 30, Rue des Ecoles, Paris-5. Téléphone: Odéon 42-58

Nr. 347. SONNTAG, 11. Februar 1940

Aus dem Inhalt:

Für Finnland
Eisen und Petroleum
Otto Wolff, der Katastrophenspekulant

Hitlers Hasslüge

Die Vernichtung des Hitlersystems ist die Voraussetzung des Friedens

Hitler hat sich in seiner Rede am 30. Januar über die englischen Kriegsziele lustig gemacht: ein neues Europa, Gerechtigkeit, Abrüstung, freier Handel und Wandel. Er hält das alles für Schwindel. Als echter Machtpolitiker, für den der Frieden und die Freiheit der Völker nur Propagandalügen sind, bestimmt, die eigenen Eroberungsziele zu verdecken, hat er keinerlei Verständnis dafür, dass andere es mit dem Frieden, der Gerechtigkeit und der Neuordnung Europas auf dieser Grundlage ernst meinen könnten. Er hat dem Hohn auf diese Kriegsziele eine Hasspredigt gegen England folgen lassen.

Er folgt damit den Spuren Wilhelms II. Dieser Hassausbruch ist aus dem Zorn eines unwissenden politischen Spekulantens geboren, dessen Kartenhaus zusammengebrochen ist. So wenig wie Wilhelm II. hat Hitler begriffen, dass eine friedliche und rechtliche Ordnung Europas im Interesse der britischen Weltmacht liegt, dass aber jeder Versuch, die Hegemonie Deutschlands über Europa zu errichten, immer wieder auf den Widerstand Englands stossen wird. Wenn es heute wieder einen englisch-deutschen Gegensatz gibt, so ist dies nicht die Schuld Englands, sondern die Schuld Hitlers, der die englische Politik niemals verstanden hat, und der deshalb sich dem Wahn hingegen hat, dass England ihm helfen würde, die deutsche Diktatur über Europa zu errichten.

Der Kern des europäischen Problems ist es, dass das deutsche Volk — zahlenmässig das stärkste in Europa — nicht allein in Europa lebt, dass es mit den übrigen Völkern leben muss, nicht über ihnen und von ihnen. Nur auf dieser Grundlage war der Völkerbund möglich und wird er in Zukunft möglich sein, nur wenn das zahlenmässig stärkste Volk in Europa begreift, dass die anderen Völker gleiche Rechte haben, kann er weiter entwickelt werden in der Richtung auf eine europäische Föderation. Weil die Politik Hitlers in jedem einzelnen Punkte diesen Grundsätzen entgegengesetzt ist, sind die Alliierten jetzt dabei, dem deutschen Volke zum Bewusstsein zu bringen, dass die übrigen Nationen Europas in Freiheit leben wollen. Der Charakter dieses Krieges als Verteidigung der Freiheit und des Rechts gegen den Unterdrückungswillen der Hitlerpolitik lässt sich durch Hitlers Hassgesänge gegen England nicht aus der Welt schaffen.

Den Deutschen, bei denen nicht jede politische und geschichtliche Erwägung durch die Hitlerpropaganda abgetötet ist, sollte ein Rückblick auf die Ereignisse der letzten Jahre diese Zusammenhänge deutlich zeigen. Die englische Politik ist in diesen Jahren geradezu von Gerechtigkeitskrampeln gegenüber Deutschland gepeinigt gewesen. Wir erinnern an die Verhandlungen zwischen Macdonald und Brüning über die Vermehrung der deutschen Heeresstärke, an die Haltung, die Sir John Simon nach dem Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund eingenommen hat, an die Tatsache, dass deutsche Revisions-

Für Finnland

Unsere Solidarität mit dem finnischen Freiheitskampf

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat am 2. Februar das folgende Telegramm an die Sozialdemokratische Partei Finnlands in Helsinki gerichtet:

Zwei Monate sind jetzt vergangen, seitdem die Truppen der Sowjetunion das freie und demokratische Finnland überfielen. Seit diesen Tagen verfolgen wir mit innerer Bewegung und brüderlicher Anteilnahme den heldenmütigen Freiheitskampf des finnischen Volkes gegen einen übermächtigen und barbarischen Gegner.

Wir sprechen für die deutschen Arbeiter, die der beispiellose Terror des Hitlerregimes, des neuen Verbündeten Stalins, heute noch zum Schweigen verurteilt, wenn wir Euch in Eurem schweren Kampf für die Freiheit Eures Landes, der zugleich

ein Kampf für die Freiheit Europas ist, unsere herzlichste Sympathie übermitteln.

Wir deutschen Sozialdemokraten können Euch gegenüber heute unsere Solidarität nicht durch direkte materielle Hilfe beweisen, aber indem wir unseren Kampf gegen das verbrecherische Hitlersystem trotz aller Verfolgungen und Opfer fortsetzen, dienen wir dem gleichen Ziel: Der Befreiung Europas von dem Wahnsinn der Diktaturen und der Aufrichtung eines neuen Europa, das allen Völkern Frieden, Freiheit und sozialen Fortschritt bringen wird.

Der Vorstand
der Sozialdemokratischen Partei
Deutschlands:
Hans Vogel, Vorsitzender

wünsche in England einen weiten Widerhall gefunden haben. Ernsthaft ist in England die Anwendung des Artikels 19 des Völkerbundespaktes über die Revision diskutiert worden. Ist ein weiteres Entgegenkommen denkbar, als der Abschluss des Münchner Paktes, der eine Revision zugunsten Deutschlands auf Kosten der Tschechoslowakei brachte? Das alles soll ein Ausfluss imperialistischer Feindschaft, des englischen Vernichtungswillens gegen Deutschland gewesen sein? Das alles ist Hitler und den Seinen wohl bekannt. Sie haben auf diesen Zug der englischen Politik spekuliert, um ihn zu missbrauchen. Sie wollten den Willen zur Gerechtigkeit zu einem Instrument der schreiendsten Ungerechtigkeit, der Vergewaltigung der übrigen Völker Europas und der Errichtung der deutschen Herrschaft machen.

Hitler und die Seinen sind beizeiten gewarnt worden. Die englische Politik hat Hitler und dem deutschen Volke nach der Annexion der Tschechoslowakei gezeigt, dass die traditionellen Linien der nationalistischen deutschen Aussenpolitik, so wie sie von Wilhelm II. geführt und von Hitler im wesentlichen übernommen worden sind, auf die unübersteigbare Schranke des Lebenswillens der übrigen europäischen Völker stossen, und dass der Versuch, sie mit Gewalt durchzusetzen, schliesslich mit einer Katastrophe für Deutschland enden muss. Die englische Politik hat keinen Zweifel darüber gelassen, dass sie dem Versuche, die Verfassung Europas mit Gewalt zu ändern, Gewalt entgegenzusetzen wird. Als Hitler die Tschechoslowakei und Polen mit Gewalt vernichtete, ist er auf den angekündigten Widerstand gestossen.

Das Hassgeschrei Hitlers gegen England soll lediglich von der ungeheueren Schuld ablenken, die er vor Europa und dem deutschen Volke auf sich geladen

hat. Die Rede Hitlers ist der Beweis dafür, dass es für das nationalsozialistische System nur die Alternative gibt: entweder der Sieg Hitlers oder der Untergang Deutschlands. Wenn es noch eines Beweises bedurfte, dass das Hitlersystem dem Frieden, der Neuordnung Europas und der Zukunft des deutschen Volkes im Wege steht, so ist er durch diese Rede geliefert worden.

C. G.

Die Vorsehung Flammenschrift des 9. November

Hitler hat in seiner letzten Rede das deutsche Volk eindringlich vor einer Wiederholung des 9. November gewarnt. Bis 1918, meinte er, war die deutsche Armee siegreich; erst als sich das Volk „von seiner Führung abwandte“, nahm der Himmel seinen Segen von den deutschen Waffen, und das Volk wurde für seine Untreue von der Vorsehung furchtbar gestraft. Womit er Versailles und die Demokratie meinte, nicht etwa das braune Gangsterregime.

Früher einmal las man es anders. Da hiess es in Hitlers Presse, die wilhelminische Regierung sei mitschuldig am Zusammenbruch, in der Zeit zwischen Bismarck und Hitler habe das Reich überhaupt keine Führung gehabt. Die immer näher kommende Flammenschrift des 9. November mahnt zu neuer Auslegung. Das Volk aber wird fragen, warum den die Vorsehung 1918 nicht nur das deutsche Volk, sondern auch „die Führung“ strafe? Und wie! Wilhelm durfte nicht wieder zurück, Prinzen wurden zu Statisten der braunen Regie, Geburtstagsfahrten stehen seit 1933 unter Verruf, Wilhelms Anhänger werden verfolgt, seinen Söhnen wurde sogar untersagt, den Vater zum 81. Geburtstag zu besuchen. Die Vorsehung hat sich demnach geirrt, als sie die Führung ebenso strafte wie das ungetreue Volk. Wie jedoch soll der Untertan der Vorsehung dienen, wenn sie sich derartige Regiefehler leistet? Warum dul-

dete sie überhaupt, dass sich das Volk „von der Führung abwandte“? Von wem soll man eine vernünftige Lenkung der Völker fordern, wenn nicht von der allwissenden Vorsehung?

Wenn autoritäre Systeme wackelig werden, beschwören sie den lieben Gott. Auch Wilhelm von Gottes Gnaden berief sich gern auf den Himmel. Das Ende ist bekannt.

SA hält durch Je weiter von der Front, desto heldischer

Die SA-Männer im Hinterland haben es nicht leicht. Wie sollen sie dem deutschen Volke, wie sollen sie vor allem den gleichaltrigen Frontsoldaten erklären, dass man sich sieben Jahre lang als künftiger Vaterlandsverteidiger aufspielen und alle erdenklichen Vorschusslorbeeren einsammeln kann, um im entscheidenden Moment unabkömmlich zu sein? Hören wir uns das Gestammel der Tapferen an. Die SA-Gruppe Pommern verschiebt an die bei der Wehrmacht stehenden SA-Männer sogenannte „Soldatenbriefe“, und der „Völkische Beobachter“ vom 25. Januar zitiert daraus das folgende Klagelied eines verhinderten Helden:

„In den ersten Tagen standen wir alle, die wir nach eurer Einberufung zuhause bleiben mussten, und warteten fiebernd auf den Befehl, der auch uns zu den Waffen rufen sollte. Doch es wurde nichts daraus! Wir sahen euch marschieren und standen beschämt beiseite, denn wir durften nicht mit. Doch nur eine kurze Zeit, dann stand vor uns riesengross die Aufgabe und die Arbeit, die in der Heimat getan werden musste.“

Man sieht diese Krieger ordentlich mit den Hufen scharren und die Nüstern blähen, während die endlosen, grauen Züge an die Front rollen. Sollten sich einige von ihnen wirklich für Schlachtrosse gehalten haben und jetzt erst bemerken, dass sie Hitlers Zirkusgäule sind? Nun, sie haben sich rasch beruhigt. Man kann weit vom Schuss bleiben und doch das Maul aufreissen. In einem andern Brief, der — wie der „Völkische Beobachter“ bemerkt — „das Hohelied des Sozialismus, unseres Sozialismus kündigt“, lesen wir:

„In Born ist Sturmman Michaelis eingezogen. Oberscharführer Mester und Krull, Scharführer Tren, Rottenführer Mester und Sturmman Mass bringen seine Ernte ein... Acht SA-Männer haben unter Führung des Obertruppführers Neumann geholfen, die Ernte des SA-Kameraden Beckmann aus Zittwitz einzubringen.“

Und so scheint das Zahlenverhältnis im allgemeinen zu sein. Auf einen mobilisierten SA-Mann kommen jeweils acht Heimkrieger. Der simple Sturmman geniesst das Glück, dem Heldentod ausgesetzt zu sein, während seine aufopfernden Oberschar-, Schar-, Rotten- und Obertruppführer sich für ihn zuschanden arbeiten. Ja, mehr noch:

„Frauen und betagten Eltern von Eingezogenen wird allgemein geholfen, gleichgültig, ob diese SA-Männer waren oder nicht.“

Genau genommen sind zwar die Frauen der zuhause gebliebenen SA-Männer den Frauen und Müttern der nicht zur SA gehörigen Frontsoldaten vorzuziehen — aber nein! Man lässt Gnade vor Recht ergehen, „denn Deutschland ist eine einzige Gemeinschaft“. Selbst die Ernte der Mecke-

rer wird eingebracht — und beschlagnahmt.

„Daneben läuft jedoch der regelmässige SA-Dienst“, daneben geht die Bespitzelung, Bedrohung und Misshandlung des in den Krieg geheizten Volkes weiter, denn — so schliesst einer der Briefe:

„Jetzt gilt es dem SA-Mann-Sein den höchsten Sinn zu verleihen.“

Und der höchste Sinn des „SA-Mann-Seins“ ist es, seine Kraft nur an Schwächern zu üben, die eigene Tapferkeit zu besingen und nie dabei zu sein, wenn gestorben wird.

Die verdächtigen Fahrgäste

Eine neue Kategorie von Staatsfeinden

Wer heute in Deutschland eine Eisenbahnfahrt unternehmen will, tut gut daran, keinem Menschen die Zeit seiner mutmasslichen Ankunft mitzuteilen. Zunächst weiss er nicht, ob der von ihm ausgewählte Zug überhaupt abfahren wird. Wenn er abfährt, ist es sehr zweifelhaft, ob ein Platz darin zu finden ist. Und wenn der Reisende, durch besondere Glücksumstände begünstigt, wirklich ins Rollen kommt, so kann er in keinem Falle voraussehen, ob und wann er anlangen wird. Verspätungen von fünf und sechs Stunden sind bei einer zehnstündigen Fahrt keine Seltenheit. Zwar tröstet der „Völkische Beobachter“ vom 25. Januar:

„Jeder Tag, an dem der sibirische Frost etwas nachlässt, bedeutet ein verheissungsvolles Vorzeichen für eine Besserung der Verkehrsverhältnisse und für eine stufenweise Rückkehr zu dem vorgesehenen Normalfahrplan.“

Aber der Leser wird bald darüber aufgeklärt, dass er sich von dieser Belebung des Verkehrs nicht allzuviel versprechen darf. Im Gegenteil. Der „Völkische Beobachter“ hat eine Sorte von Staatsfeinden entdeckt: die Eisenbahnfahrer. Sie gilt es zu bekämpfen, ihnen gilt es klar zu machen, dass sie die Allgemeinheit schädigen und selbst in Gefahr geraten, ausgerottet zu werden.

„Wie der Staat heute von jedem Autofahrer, der aus beruflichen Gründen sein Fahrzeug noch führen darf, verlangt, dass er täglich nur den Weg von der Wohnung zum Büro zurücklegt, und jede Extratour polizeilich geahndet wird, so müsste auch jeder Eisenbahnreisende aus eigener Ueberlegung und eigenem Verantwortungsgefühl dahin kommen, dass er seine Reisepläne in die Notwendigkeiten der allgemeinen Verkehrspolitik einordnet... Wer nur zum Vergnügen wegfährt und Besuche macht, die nicht unbedingt erforderlich sind oder aufgeschoben werden können, soll sich vorher darüber im klaren sein, dass jede zusätzliche Belastung des Verkehrs sich in der augenblicklichen Situation hemmend und erschwerend auf die Gesamtlage auswirken muss. Dahin gehören auch ausgedehnte Wochenendfahrten in Kriegszeiten...“

Allerdings, so versichert der Bussprediger gegen die sündige Reiselust hämisch, allerdings habe man den Exzedenten bereits Hemmschuhe angelegt. Seit einigen Tagen seien „alle Vergünstigungen tarifmässiger Art aufgehoben worden“ und das bedeute „eine starke Drosselung des Verkehrs, so weit er noch aufrecht erhalten werden konnte.“ (Soweit er nicht aufrecht erhalten werden konnte, hätte es wohl auch wenig Sinn, ihn zu drosseln.)

Nachdem so zumindest den weniger begüterten Volksgenossen das Herumfahren in welchem Vehikel immer gründlich verleidet worden ist, fordert der „Völkische Beobachter“ auch noch „mehr Selbstdisziplin des Publikums“. Wer wirklich im Kriege Geld übrig habe, solle es nicht unnötig verfahren, sondern als braver Sparrer dem Staat anvertrauen. Alles lasse sich eben nicht auf bürokratische Weise regeln oder „soll auch die Reichsbahn noch Bezugscheine auf Reisen ausgeben?“

Das wohl nicht. Aber wie wäre es, wenn man Vergnügungsreisen mit dem Tode bestrafe? Auf irgendeine Weise wird sich der private Eisenbahnverkehr doch umbringen lassen!

Der blockierte Aether

Am 21. Januar hat das Elbinger Sondergericht den Schneidemühlener Einwohner Matczynski zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt, weil er

„bereits vor dem polnischen Feldzug französische und polnische Sender gehört hatte und auch nach dem Verbot des Abhörens ausländischer Rundfunksendungen diese fast täglich weiter hörte... In einem Fall hat er sogar die von ausländischen Sendern gehörten Lögenmeldungen einem Arbeitskollegen weiter erzählt.“

Die Frau des Angeklagten erhielt 1 Jahr Gefängnis.

Am 24. Januar ist über den Angeklagten

Skandinavien und der Balkan

Der Wettlauf um Eisen und Petroleum

Für die weitere Entwicklung der Kriegssituation bleiben die Ereignisse in Finnland bestimmend. Stalins Flugzeuge haben offene Städte mit Spreng- und Brandbomben belegt, ihre Maschinengewehre haben flüchtende Frauen und Kinder getötet, Stalin hat den Beweis erbracht, dass er die Bestialität der deutschen Kriegführung in Polen bei der „Befreiung der Arbeiterschaft“ in Finnland erreichen kann, aber die Widerstandskraft des finnischen Volkes hat er nicht zu brechen vermocht. Die immer wieder vorgetriebenen russischen Offensiven sind unter schweren Verlusten zusammengebrochen.

Es ist anders gekommen, wie Stalin und Hitler es sich vorgestellt hatten. Nach zweimonatlichem Ringen ist Finnland nicht in Besitz Russlands, sind die eisfreien Häfen Norwegens nicht erobert, ist Skandinavien nicht zur gemeinsamen Beute Hitler-Deutschlands und Sowjetrusslands geworden.

Diese Situation ist unhaltbar. Stalin kann kaum mehr zurück. Sein durch den Misserfolg ohnedies schwer geschädigtes Prestige erfordert die Eroberung Finnlands, um wenigstens in Russland selbst den Bankrott zu verhüllen. Hitler braucht die uneingeschränkte Verfügung über das schwedische Erz, denn die Eisenknappheit ist einer der schwächsten Punkte der deutschen Kriegswirtschaft. Beide brauchen die Verfügung über die eisfreien Häfen als Angriffsbasen gegen die englische Seeherrschaft. Finnland kämpft nicht nur für seine eigene Freiheit und Unabhängigkeit, nicht nur für Schweden, Norwegen und Dänemark, sondern zugleich für England. Es kämpft für Holland und Belgien, die vor dem deutschen Angriff bewahrt bleiben, so lange das Geschick Skandinaviens unentschieden ist, ja es kämpft für den Balkan, auf dem Russland und Deutschland nicht freie Hand haben, solange in Finnland keine Entscheidung fällt.

Zweierlei Konsequenzen ergeben sich. Russland und Deutschland müssen die Entscheidung in Finnland forcieren, um die strategisch wichtige Verfügung über die Küste des nördlichen Eismers und über die skandinavischen Rohstoffe zu erlangen und ihre militärische Bewegungsfreiheit zu gewinnen. Andererseits ist die Erhaltung und Verstärkung des finnischen Widerstands eine lebenswichtige Frage für die Alliierten geworden. Für ihren Widerstand brauchen die Finnen Material, vor allem Flugzeuge, aber auch Menschen. Die Finnen erhalten Unterstützung, wenn auch über deren Umfang erklärlicherweise keine Mitteilungen vorliegen. Aber dagegen wehren sich Russland und Deutschland. Die deutschen Drohungen gegen Schweden und Norwegen, durch deren Gebiet die Materiallieferungen und Freiwilligenzüge nach Finnland gehen, häufen sich. Der Konflikt muss sich verschärfen. Was zuerst als Nebenkriegsschauplatz erscheinen konnte, gewinnt wachsende Bedeutung. Es ist nicht wahrscheinlich, dass die Alliierten auf wirksame Unterstützung verzichten, dass Schweden und Norwegen, dem deutschen Druck nachgebend, sich hindernd in den Weg stellen werden; aber ebensowenig wahrscheinlich, dass Deutschland und Russland die Hilfeleistung gewähren lassen. Von der Austragung dieses Konflikts, von dessen Lösungsart das Schicksal Skan-

dinaviens unmittelbar abhängt, wird die weitere Konstellation des Krieges, insbesondere das Verhältnis Russlands zu den Westmächten unmittelbar bestimmt werden.

Die Niederlagen in Finnland, die die Schwächen des russischen Militär-, Wirtschafts- und Transportsystems enthüllt haben — eine wahre Entzauberung — haben das Verhältnis zwischen Deutschland und Russland gründlich geändert. Entgegen dem Schein der ersten Monate erscheint Stalin in dem Bund nicht mehr als der Stärkere. Soll die Hilfe für Finnland verhindert werden, so bedarf Stalin gar sehr der deutschen Unterstützung. Vor Russland allein würden Schweden und Norwegen sicher nicht zurückweichen. Misslingt aber die Verhinderung, kommt es zum offenen Konflikt, dann ist Stalin erst recht auf Hitler angewiesen. Deutschland kann also jetzt seine Bedingungen stellen und tut es.

In Lemberg und in den Hauptorten des von den Russen besetzten galizischen Petroleumgebiets sind deutsche Techniker und Sachverständige in grösserer Zahl eingetroffen. Sie sollen die galizische Rohölproduktion reorganisieren, und die Russen scheinen zugestimmt zu haben, dass der Ertrag den Deutschen überlassen wird. Zugleich sollen die Deutschen die Eisenbahnlinie übernehmen, die von Czernowitz über Lemberg nach Breslau führt. Es ist die wichtigste direkte Verbindung zwischen Rumänien und Deutschland, um so wichtiger, da der Donauweg wegen der Kälte noch auf längere Zeit verschlossen ist. Bis vor kurzem haben die Russen gegen die deutsche Kontrolle der auf dem von ihnen okkupierten Gebiet liegenden Teilstrecke Widerstand geleistet, jetzt haben sie nachgegeben. Zugleich mit den deutschen Technikern sollen auch deutsche Truppen in Ostgalizien eingerückt und nach der rumänischen Grenze weitermarschiert sein, doch sind diese Meldungen noch nicht bestätigt worden. Tatsache aber ist, dass sich der Druck auf Rumänien sehr verstärkt hat, um grössere Petroleumlieferungen zu erlangen. In dem letzten Wirtschaftsvertrag mit Rumänien hat Deutschland eine jährliche Lieferung von 1 560 000 Tonnen ausgemacht gegenüber einer Einfuhr von 763 000 Tonnen im Jahre 1938. Die Lieferungen blieben aber bisher teils infolge von Transportschwierigkeiten, teils aber auch infolge des Widerstands der in Rumänien arbeitenden Gesellschaften hinter den Vereinbarungen zurück. Denn die rumänische Petroleumindustrie wird zu 75 Prozent vom ausländischen — englischem, französischem, belgischem und amerikanischem — Kapital kontrolliert. Die rumänische Regierung hat aber in den letzten Tagen ein Petroleum-Kommissariat geschaffen mit weitgehenden Rechten nicht nur über die inländische Verteilung zur Wahrung des Heeresbedarfs, sondern auch zur Ueberwachung der Ausfuhr entsprechend den Interessen des Landes. Die englischen und französischen Unternehmungen könnten so gezwungen werden, das von ihnen erzeugte Öl zum Export nach Deutschland zur Verfügung zu stellen. Ueberdies fordern die Deutschen auch die Verfügung über einige rumänische Raffinerien, in denen sie nicht nur das in Galizien gewonnene, sondern auch aus dem Kaukasus zugeleitete russische Rohöl verarbeiten könnten. In London verfolgt man

diese Entwicklung mit grosser Aufmerksamkeit und offizios wurde darauf hingewiesen, dass Rumänien in der Versorgung von Rohmaterialien und anderen Produkten auf England angewiesen sei, das seine Haltung ändern müsste, wenn Rumänien allzugrosse Petroleum-Lieferungen an Deutschland machte.

Deutschland konnte das Petroleumproblem in dringenderer Weise stellen, weil es der russischen Unterstützung jetzt sicherer ist als zuvor. Es hat bisher die Frage rein ökonomisch gestellt. Wird es dabei bleiben?

Neben Skandinavien ist der Balkan Deutschlands wichtigstes Rohstoffgebiet. Es ist Deutschlands Interesse, dass dieses Gebiet lieferungsfähig bleibt, aber nicht Kriegsschauplatz wird, aber natürlich unter der Voraussetzung, dass Deutschland die Rohstoffe, die es braucht, auch in dem erforderlichen Mass erhält. In diesem sehr bedingten und augenblicklichen Interesse an der Friedenserhaltung trifft es sich mit Italien, das von einem aktiven Vorgehen Deutschlands und namentlich Russlands auf dem Balkan eine Gefährdung seines Einflusses fürchten muss. Während die italienische Presse die ökonomischen Forderungen Deutschlands unterstützt, wendet sie sich zugleich scharf gegen einen russischen Vormarsch gegen Rumänien und erschwert so eine gemeinsame russisch-deutsche Aktion, die Rumänien entweder zur Kapitulation vor Hitler und Stalin oder zum Kriege gezwungen hätte, in dem es auf die Hilfe Englands, Frankreichs und der Türkei hätte rechnen können. Ein kriegerisches Eingreifen der Westmächte auf dem Balkan würde aber Italien zu einer Entscheidung nötigen, die es bisher vermeiden hat und weiter vermeiden möchte.

Unter diesen Umständen kommt der Haltung der Balkanstaaten selbst erhöhte Bedeutung zu. Seit dem 9. Februar 1934 besteht der Balkanbund zwischen Rumänien, Jugoslawien, Griechenland und der Türkei. Er verpflichtete die Teilnehmer zu gegenseitiger Hilfe, falls einer von ihnen von Bulgarien angegriffen würde, das bekanntlich territoriale Forderungen an Rumänien und Griechenland erhebt. Im Laufe der Jahre erfuhr der Bund aber eine Lockerung, indem sich Jugoslawien Italien, dem Protektor Bulgariens und Ungarns näherte und auch mit Bulgarien selbst ein Sonderabkommen traf. Die neue Situation scheint aber zu einer Stärkung des Bundes zu führen. Auf der Konferenz in Belgrad, die am 2. Februar zusammentrat, wurde die Verlängerung des Bundes für sieben Jahre beschlossen, eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit festgelegt und vor allem der Wille zur Behauptung der Unabhängigkeit und der Neutralität festgestellt. Eine stärkere Solidarität der vier Staaten ist dadurch erleichtert, dass Ungarn und Bulgarien unter dem Einfluss Italiens und der Türkei zugestimmt haben, ihre territorialen Ansprüche zur Zeit zurückzustellen. Ohne präzisere politische Verpflichtungen einzugehen, können die Staaten des Balkanbundes jetzt ein stärkeres Widerstandszentrum als bisher gegen einen Angriff Deutschlands oder Russlands bilden. Wie stark dieser Widerstand sein wird, wird sich erst zeigen, wenn es zur Entscheidung über die wirtschaftlichen Forderungen Deutschlands kommen wird.

Dr. Richard Kern.

August Meyer aus Sindelfingen (Württemberg) durch das Sondergericht Stuttgart des gleichen Deliktes wegen eine zweijährige Zuchthausstrafe verhängt worden. „Meyer hatte in den Monaten September und Oktober v. J. sein Rundfunkgerät wiederholt auf den Empfang ausländischer Sender eingestellt und das Gehörte an seiner Arbeitsstätte weiter erzählt.“

Studium überflüssig

In einer Sonderdarstellung haben wir nachgewiesen, dass von einem geregelten Schulunterricht an den Volksschulen keine Rede mehr sein kann. Jetzt veröffentlicht der Reichsstudienführer Scheel einen Aufsatz über die studentische „Dienstpflicht“ in der „Nationalsozialistischen Korrespondenz“. Darin heisst es, dass der Teil der Studenten, die wegen ihrer Jugend noch nicht wehrpflichtig sind, zur „studentischen Dienstpflicht“ herangezogen werde. Die ersten Erfahrungen hatte man bereits im vergangenen Herbst, als 47 000 Studenten und Studentinnen abkommandiert wurden zur Erntehilfe, gewonnen. Auf Grund dieser Erfahrungen ist jetzt die „studentische Dienstpflicht“ eingeführt worden, die sich auf den Einsatz von Hochschülern zu folgenden Arbeiten erstreckt: landwirtschaftliche Arbeiten, Abladen von Kohlenzügen oder sonstigen le-

benswichtigen Transporten, Schadenbekämpfung, Schneeschaukeln und Arbeiten in kriegswichtigen Betrieben, Einsatz in den Wirtschafts- und Ernährungsämtern, im Luftschutz, in kriegswichtigen Instituten der Hochschulen und bei kriegswichtigen statistischen Arbeiten. — Die studentische Dienstpflicht ist generell und gestiftet für keinen Studenten eine Ausnahme. Die Dienstpflichtigen stehen unter Kriegsrecht.

Kaperkrieg

In einer deutschen Zeitung lesen wir:

„In den Städten des Reiches führte die HJ gestern einen frischen Kaperkrieg durch... Kein Volksgenosse durfte unbehelligt seines Weges wandern, bevor er seinen Obolus für die Winterhilfe den jungen Kaperkapitänen ausgehändigt hatte... Aber ein Beitrag genügt nicht. Ein jeder wurde aufgefordert, noch einen zweiten Betrag in gleicher Höhe für einen im Felde stehenden Volksgenossen mitzuspenden.“

Mit einem Wort: die übliche Spende wird nunmehr in doppelter Höhe erpresst.

Wer von englischen Flugzeugen über Deutschland abgeworfene Flugblätter aufhebt und behält hat — wie im deutschen Rundfunk mitgeteilt wird — schwere Bestrafung zu gewärtigen. Auf Mitteilungen über die Flugblätter steht Todesstrafe.

Allerdings! Sieben Jahre sind nur ein Augenblick im Leben einer Nation, aber die letzten sieben Jahre erscheinen uns länger als viele Jahrzehnte der Vergangenheit. (Hitler am 30. Januar 1940 in seiner Rede zum 7. Jahrestag seiner Machtantritts.)

Teure Wahrheit. Ein Hotelbesitzer in Tirol wurde verhaftet und sein Eigentum beschlagnahmt, weil er auf die Zimmernachfrage eines früheren Gastes geantwortet hat, dass es fast nichts zu essen gibt, und dass die Verkehrsverhältnisse sehr ungünstig sind.

Moskauer Empfindlichkeiten. Zwischen Hitlers altem Freund in Rom und seinem neuen Freund in Moskau will sich kein Idyll entwickeln. In den Balkanfragen waren beide nach aussen lauernde Zurückhaltung gegeneinander. Aber als kürzlich die italienische Presse die Kriegführung der Roten Armee in Finnland kritisierte, konnte die „Prawda“ nicht mehr an sich halten. Sie war an ihrem wunden Punkt getroffen und erklärte tief verletzt, dass die Herren von Adua oder „um modernere Beispiele des militärischen Genius der Italiener zu erwähnen“ von Caporetto und Guadalajara nicht zu sachverständigem Urteil über die Operationen in Finnland berufen sind. — Immerhin, aus den Vergleich der „Prawda“ spricht Kummer.

Otto Wolff, der Katastrophenspekulant

Das grosse Sterben unter den Ruhrmagnaten

Kurz nachdem Fritz Thyssen ins Ausland geflüchtet war, emigrierte ein anderer der Wirtschaftsgewaltigen von Rhein und Ruhr, Otto Wolff, aus dem Leben. War Otto Wolff, der ein Leben erfüllt mit geschäftlichen Erfolgen hinter sich hatte, freiwillig in den Tod gegangen, oder war er einer tödlichen Erkrankung erlegen, die ihn als eine Art Flucht in den Tod befallen hatte? Man weiss es nicht und wird es kaum je erfahren. Man darf aber annehmen, dass zwischen Thyssens Flucht und Wolffs Tode ein Zusammenhang besteht, dass der Fall Thyssen einen Mann erschüttern konnte, der an jeder wirtschaftlichen und politischen Katastrophe, die das deutsche Volk heimgesucht hatte, reicher geworden und der klug genug war, vorauszu sehen, dass auch ihm nur eine Gnadenfrist gelassen sein könnte.

Er, der zeitweilig in aller Munde war, ist nie in der Öffentlichkeit hervorgetreten. Er war kein Gewaltmensch wie Stinnes. Er liebte es nicht, auf der Bühne des öffentlichen Lebens zu erscheinen, sondern zog es vor, seine geschäftlichen Erfolge in aller Stille auf der Hintertreppe der persönlichen Beziehungen vorzubereiten. Er war, auch als Konzernführer, ein Händler und Spekulant geblieben, wie er als Händler und Spekulant begonnen hatte. So verdankte er, der aus bescheidenen Verhältnissen hervorgegangen war, seine erste Million den Beziehungen, die er zu Kruppbeamteten angeknüpft hatte und die ihm das Vertriebsmonopol eines begehrten Krupp-erzeugnisses einbrachten. Aber sein Aufstieg begann eigentlich erst im Weltkrieg. Er hatte von der Firma Krupp, zu der die Beziehungen auch später nie abrisen, gelernt, wie man mit Erfolg die Beziehungen zu Aemtern geschäftlich nutzbar macht, zur Bürokratie des Staates, der nicht nur der grösste, sondern auch der zahlungsfähigste Auftraggeber ist. Er entsandte während des Krieges seinen Sozios Ottmar Strauss in die Militärverwaltung und zwar an die Stelle, die grosse Aufträge vergibt, und es regnete Heeresaufträge für die Eisengrosshandlung Otto Wolff in Köln. Noch während des Krieges gelang es Ottmar Strauss zur türkischen Botschaft in Berlin akkommandiert zu werden und diese wertvollen Beziehungen brachten der Firma Otto Wolff grosse Aufträge der neuen Türkei ein. Vielleicht ist es Otto Wolff auf Wegen dieser Art gelungen, als Erster einen grossen Konzessionsvertrag mit der Sowjetunion abzuschliessen, nachdem Lenin die Neppolitik eingeleitet hatte. Der Konzessionsvertrag wurde nicht erneuert, weil inzwischen Stalin den Nep abgeriegelt hatte. Immerhin soll nach Morus allein der Anteil, der an diesem Geschäft auf Otto Wolff entfiel, ihm bereits im ersten Jahr der Wirksamkeit des Vertrages 700 000 Mark eingebracht haben. Später hat er sich in grossem Masstab an der Industrialisierung Jugoslawiens beteiligt.

Die eigentliche grosse Zeit Wolffs war die Zeit nach dem Weltkrieg. Er war nächst Stinnes der erfolgreichste Inflationsgewinnler, aber er legte keinen Wert darauf, wie dieser einen gigantischen Gemischtwarenladen zusammenzurammen, sondern beschränkte sich im allgemeinen auf die Ware, von der er ausgegangen, auf Eisen und die dazugehörige Kohle. Er wählte nicht, wie Stinnes eine industrielle Monarchie auf dem schwankenden Grunde einer Inflationskonjunktur aufzurichten zu können. Das Geheimnis seines staunenswerten Erfolges war, dass er immer „flüssig“ war, stets über Geld genug verfügte, um sich auch die grössten Geschäfte nicht entgehen zu lassen. Dazu gehört, dass man nicht auf die Dauer einer Konjunktur vertraut, sondern jeder sich anpasst und vorausschauend genug ist, den Augenblick zu erfassen, da sie zu Ende geht und eine neue beginnt. Sein Meisterstreich war das Eindringen in den „Phönix“, eines der grössten Hütten- und Kohlenunternehmen der Ruhr. Drei Jahre lang war dieser Streich durch Aufkäufe in aller Stille vorbereitet worden, bis eines schönen Tages des Jahres 1920 die Grossbanken zu ihrer Ueber raschung merkten, dass nicht sie mehr den Aufsichtsrat des Phönix beherrschten, sondern Otto Wolff zusammen mit einer mächtigen holländischen Gruppe und der alten schwerindustriellen Familie Haniel. Aber es kam Wolff nicht auf die Beherrschung der Unternehmungen an, die er kontrollierte. Für ihn waren sie Handelsobjekte und Gelegenheiten, neue Beziehungen anzuknüpfen, die Gelegenheiten zu neuen Geschäften geben konnten. Es lag ihm nicht an Dauerbesitz und er hat sich der wertvollsten seiner Beteiligungen entledigt. Wenn es darauf ankam sich für neue Geschäfte „flüssig“ zu machen. Er teilte sich

in den Besitz des Phönix mit anderen Kapitalgruppen. Er beteiligte sich zusammen mit dem Reich und mit Krupp an Rheinmetall, dem einzigen Werk, dem der Versailler Vertrag die Fabrikation von Kanonen erlaubt hatte. Heute gehört Rheinmetall Hermann Göring. Er beteiligte sich an Rheinstahl und an van der Zypen, aber als nach Beendigung der Inflation die Zeit der grossen Industriezusammenballungen gekommen war, wurden Phönix, Rheinmetall und van der Zypen dem Stahlverein einverleibt. Die wichtigsten Bestandteile des in drei Jahren entstandenen mächtvollen schwerindustriellen Konzerns waren in kurzer Zeit in andere Hände übergegangen, womit nicht gesagt ist, dass sich Otto Wolff damit seines Einflusses auf die Industrie von Rhein und Ruhr begeben hätte. Er kaufte die Hälfte der Aktien von Mansfeld, dessen Kupferförderung zu unrentabel war, um auf Reichssubvention verzichten zu können. Er kontrollierte

noch eine Reihe von Maschinenfabriken, Eisenwerken und Eisenhandlungen in Westdeutschland. Es gelang ihm sogar in den Aufsichtsrat des Norddeutschen Lloyd einzudringen, aber hauptsächlich wohl um billige Tarife für seine Eisenfrachten herauszuschlagen.

Otto Wolff hatte keine politischen Ambitionen und wenn er eine politische Ueberzeugung hatte, so hatte er nicht den Ehrgeiz, sie zu betätigen. Für ihn war die Politik ein Spekulationsobjekt wie jedes andere. Er wollte keine Parteipolitik machen, sondern sich möglichst aller Parteien als Vermittler für seine Geschäfte bedienen. Nach der Novemberrevolution wurde der bewährte Ottmar Strauss in ein preussisches Ministerium geschickt, wo er bis zum Kapp-Putsch als Geheimer Regierungsrat verblieb, ohne darum seine Beteiligung an der Eisengrube Otto Wolff aufzugeben und ohne zu vergessen, auch als Geheimer Regierungsrat für sie zu wirken.

Hefflerich beschuldigte Erzberger, von Wolff und Strauss bestochen worden zu sein, aber er versagte, als er den Beweis vor Gericht antreten sollte. Wolff hatte feinere Mittel, seine Freundschaften zu fruktifizieren. Er kaufte auch Zeitungen, aber ohne die Absicht, sie zu beherrschen und mit ihnen öffentliche Meinung produzieren zu lassen. Weil er sich keine Beziehung, die geschäftlich auszuwirken war, entgehen lassen wollte, gab er Geld für Organe aller bürgerlichen Parteischattierungen. Er finanzierte zwei Kölner Zeitungen zugleich, von denen die eine dem Zentrum, die andere den Demokraten nahestand, und subventionierte die „Zeit“, damals das Zentralorgan der Volkspartei. Er kaufte die Dammert-Korrespondenz, die die Provinzpresse versorgte und verkaufte sie an den deutschnationalen Hugenberg weiter. Er hat sich auch mit Hitler gut verhalten, aber er gehörte offenbar nicht, wie Flick, zu den Favoriten des Naziregimes. Aber ob er die Spekulation seiner schwerindustriellen Kollegen auf Hitler gebilligt hat oder nicht, sicherlich ist er, der nie ein Ruhrmagnat von reinem Wasser war, klug genug gewesen, zu begreifen, dass man zwar durch Hitler noch reicher werden kann, dass aber mit der Katastrophe, die darauf folgen wird, keine Spekulationen mehr zu machen sein werden, bestimmt aber keine guten. G. A. F.

Chronik der Woche

Konferenz des Balkanbundes

Montag, 29. Januar 1940

Ungefähr 50 000 deutsche Frauen, vor allem Näherinnen und Dienstmädchen, haben „Gestellungsbefehle“ zur Arbeit in Rüstungsbetrieben bekommen. Nichtbefolgung der Befehle wird als Sabotage angesehen und schwer bestraft.

Die deutschen Nordseeinseln Borkum, Juist, Norderney, Langeoog, Spiekeroog, Wangeroog und Sylt sind zu militärischen Sicherheitsbezirken erklärt und von allen Bewohnern geräumt worden.

600 deutsche Medizinstudenten wurden vom Militär entlassen. Sie sollen ihr Studium an der Berliner Universität fortsetzen, um in absehbarer Zeit dem Ärztemangel in Deutschland abzuwehren.

Die Zollgrenze zwischen Deutschland und Böhmen-Mähren wird am 1. April aufgehoben, und die tschechische Wirtschaft wird in den deutschen Vierjahresplan eingegliedert.

Deutsche Spione wurden in der Schweiz und in Norwegen verhaftet, darunter ein früherer Schweizer Oberst, der in der Frontisten-Bewegung tätig war.

Zwischen England und Griechenland wurde ein Handelsvertrag abgeschlossen, nach dem England einen Teil der Waren erhält, die früher nach Deutschland geliefert wurden.

Annähernd dreihundert britische Piloten wurden als Fluglehrer nach Kanada entsandt.

Dienstag, 30. Januar 1940

Die Sorge für die persönliche Sicherheit Hitlers veranlasste die Nationalsozialisten, die übliche Feier am Jahrestag ihres Machtantritts mit Geheimnissen zu umgeben. Öffentlich wurden alle Feiern überhaupt abgesagt. Die Reichstagsabgeordneten erhielten persönliche Briefe, in denen sie zur Anwesenheit in Berlin aufgefordert und zur Verschwiegenheit verpflichtet wurden. Erst abends wurde ihnen gesagt, dass sie zu einer Feier im Sportpalast zu erscheinen hätten. Dazu wurden unmittelbar vor Beginn der Feier noch hohe Nazifunktionäre geholt. Die Vertreter der Auslandsprelle wurden am späten Nachmittag zu einer Pressekonferenz eingeladen und nach vielen Stunden des Wartens in abgeschlossenen Autobussen unter SA Bewachung in den Sportpalast gefahren, wo Hitler sprach.

18 000 führende Persönlichkeiten Polens sind von den Deutschen nach Beendigung der offenen Kriegshandlungen in Polen getötet worden.

Die Errichtung neuer Wohnhäuser wurde in Deutschland verboten. Die Gemeinden sollen Wohnbaracken aufstellen mit Gemeinschaftsküchen und Gemeinschaftsbädern, und nur wo solche Baracken nicht errichtet werden können wird in Ausnahmefällen die Genehmigung zum Bau eines Wohnhauses erteilt.

Die bulgarischen Wahlen brachten der Regierung eine Mehrheit von 140 Stimmen von insgesamt 160 Abgeordneten.

Mittwoch, 31. Januar 1940

Die finnländische Luftabwehr gibt bekannt, dass die Russen in der Zeit von 30. November 1939 bis 31. Januar 1940 rund 20 000 Bomben über Finnland abgeworfen haben. Es wurden 377 Per-

sonen getötet, 323 schwer und 585 leicht verletzt. Bei den meisten Angriffen verwendeten die Russen Explosiv-, Spreng- und Brandbomben zur gleichen Zeit.

Der Führer der österreichischen Legitimisten, Baron Wiesner, ist in einem deutschen Gefängnis gestorben.

Die Japaner haben die südchinesische Eisenbahn von Hai-phong nach Jün-nan, die sich in französischem Besitz befindet, durch Bombenabwürfe an mehreren Stellen zerstört, obwohl die Vereinigten Staaten von Nordamerika unmittelbar vor dem Bombardement auf ihr Interesse an der Erhaltung dieser wichtigen Verbindung ins Innere Chinas in Tokio hinweisen liessen.

Donnerstag, 1. Februar 1940

27 Personen sind in Deutschland im Monat Januar hingerichtet und 14 weitere Personen sind zum Tode verurteilt worden. Es handelt sich vorwiegend um junge Leute, darunter 12 die weniger als 25 Jahre alt waren.

Das englisch-französische Gewerkschaftskomitee hielt in London eine Tagung ab, zu der mehrere englische Ministerien Delegationen entsandt hatten. Es wurde die Regulierung des Verhältnisses zwischen Arbeiterlöhnen und Lebenshaltungskosten eingehend besprochen.

In Italien zwang der starke Kohlenmangel zur Einschränkung des Eisenbahnverkehrs.

Im japanischen Reichstag gab Aussenminister Arita eine Erklärung ab, nach der demnächst in China eine neue Regierung eingesetzt wird, mit der zusammen Japan eine neue Ordnung in China aufrichten wolle. Handel und Kapitalanlagen ausländischer Mächte in China sollen nicht gestört werden, sofern die Grenzen rein wirtschaftlicher Betätigung nicht überschritten werden.

Freitag, 2. Februar 1940

In Berlin ist ein „Siedler-Rekrutierungsamt für den deutschen Osten“ eröffnet worden. Die zugelassenen Anwärter werden in besonderen Kursen für die politische Rolle geschult, die ihnen die Nazi-regierung in den polnischen Provinzen zuweist.

Die Zahl der deutschen Reichstagsabgeordneten soll noch weiter erhöht werden. Hitler wird für je 60 000 deutsche Einwohner der annektierten polnischen Provinzen einen Abgeordneten ernennen.

Sonnabend, 3. Februar 1940

Die Präsidenten der französischen Akademien und Schriftstellervereinigungen veröffentlichten einen Protest gegen den deutschen Kampf zur Vernichtung der Polen in den annektierten westpolnischen Provinzen.

Die türkische Regierung macht jetzt genauere Angaben über die Opfer, die die schweren Erdbeben in Anatolien forderten. 35 000 Menschen wurden getötet, 50 000 Häuser sind zerstört und 200 000 Personen sind ohne Obdach.

Sonntag, 4. Februar 1940

Die Konferenz des Balkanbundes, die vom 2. bis 4. Februar in Belgrad tagte, hat zu einer neuen Festigung des Bundes geführt. Es wurde ein Schlusskommunique über die Verhandlungen herausgegeben.

Darin wird festgestellt: 1. das gemeinschaftliche Interesse der vier Staaten an der Aufrechterhaltung des Friedens, der Ordnung und der Sicherheit in Südosteuropa. 2. Ihre Entschlossenheit, die entschiedene Friedenspolitik fortzusetzen, unter allseitiger Aufrechterhaltung ihrer Stellung zu dem gegenwärtigen Konflikt. 3. Ihr Wille, gemeinschaftlich über ihre Rechte zu wachen und die Unabhängigkeit und das nationale Territorium jedes einzelnen zu schützen.

Eine Provokation

Enteignung und Vertreibung tschechischer Bauern

Das Bewusstsein ihres nahen Unterganges treibt die Nationalsozialisten zu immer neuen Ausbrüchen ihres überreizten Machtwahnes. An die Folgen ihrer Handlungen denken sie längst nicht mehr. Sie sind zu einem Heer von Amokläufern geworden, das besinnungslos in seinen eigenen Zusammenbruch alle Menschen hineinreiss, die ihm in den Weg kommen. Anders sind die Schandtaten der Nationalsozialisten in Polen nicht zu erklären und anders nicht die Völkerwanderung, die sie erzwingen, und die für Hunderttausende und vielleicht für Millionen Menschen eine Wanderung ins Nichts sein wird.

Die Hitlerregierung hat sich eine neue frivole Nuance ihres Spieles mit wandernden Deutschen ausgedacht. Der Schauplatz wird in Böhmen liegen. Rund um Prag sollen aus elf Bezirken die tschechischen Bauern enteignet und vertrieben werden. Ihr Besitz wird Deutschbalten übergeben, die auf Hitlers Anordnung einen „eisernen germanischen Wall um die alte Hauptstadt des römisch-deutschen Reiches zu bilden haben“.

Man muss sie kennen, die freundlichen neuen Dörfer in der Umgebung Prags, die wohlbestellten Felder und die modernen selbstbewussten Bauern, die zu einem grossen Teil ihr Gewerbe im Schrank und ihr, in militärischer Reiterei wohlgeübtes Pferd im Stall haben, um zu wissen, welches unermessliche Unheil aus diesem neuen tückischen Naziplan entstehen muss.

Vielleicht gelingt es der SS und der Gestapo, diese Bauern zu berauben und zu vertreiben, so wie es ihr zehntausendfach in Polen gelungen ist. Vielleicht kann sie Deutschbalten in die neuen, sauberen Bauernhäuser der Tschechen setzen. Aber es gibt in der ganzen Welt weder soviel tschechische Entsagung noch soviel preussische Gestapo, als dass dieses schändliche Werk zu einem guten Ende geführt werden könnte.

Die Deutschbalten, die sich jetzt dazu hergeben, werden keinen eisernen germanischen Wall um das alte Prag bilden. Sie werden selbst von einem eisigen Wall des Hasses umgeben sein, der sich immer enger um sie zusammenzieht und der sie am Tage des Sturzes von Hitler unweigerlich erdrosseln wird. Dann wird zwar konstatiert sein, dass auch an diesem Unheil Hitler die Schuld trägt und dass die Deutschbalten mitschuldig sind, aber ungeschehen werden damit weder die Leiden der Deutschen noch die der Tschechen gemacht.

Vor kurzem noch lag die Essener „Nationalzeitung“, die Hitlerbewegung habe immer die Sehnsucht nach deutsch-französischer Freundschaft bekundet. Die Kraftstellen gegen Frankreich in Hitlers „Kampf“? Pah, nichts weiter, als längst überwundene Ausbrüche eines jungen deutschen Patrioten. Aber Hitler war auch Herausgeber des „Völkischen Beobachters“. Wir greifen eine Nummer heraus, die vom 15. Oktober 1927. Da deliriert ein breit aufgemachter Artikel zum 150. Geburtstag des Dichters Heinrich von Kleist:

„Aber wenn auch der Dichter endlich unser geworden ist, die lodernde Flamme seines nationalen Feuergeistes, die in den Freiheitskriegen ganz Deutschland in Brand steckte und noch einmal in wabernder Lohe zum Himmel leckte, als die deutschen Schwertschläge bei Metz und Sedan niederprasselten... ist zu einem schwachen Funken geworden, der unter der Asche eines schwächlichen, kampfentwöhnten Zeitalters ganz zu ersticken droht. Wäre der Geist dieses grossen Deutschen in uns noch lebendig, dann wehten jetzt über den Rhein hinweg von neuem die deutschen Fahnen in das Welschenland hinein, dann würde vielleicht jetzt an seines Todestages Säkulum Europas Boden erzittern unter dem dröhnenden Gestampfe Hunderttausender um den Sieg oder Untergang ringender deutscher Mannen und Walhallen lichtentströmendes Tor weit aufklaffen zum Empfang ungezählter Scharen neuer Einherer! Zur Ehre der deutschen Nation sei es gesagt, dass Tausende und Abertausende hochklopfenden Herzens des Weckrufes zum grossen Aderlasse harrten, den wir brauchen, um das faule Blut auszustossen, das sich unten in den verwesten Schichten eines national entmannten, unnötigen Tand ruhelos schaffenden Zwergengeschlechtes und in durch Goldsmacht herrschend fremdvölkischen Parasitentum aufgestaut hat, aber der Ruf erklang nicht!“

Inzwischen ist der Weckruf erklingen, doch da die deutschen Fahnen noch immer nicht „ins Welschland hinein wehen“, würde man es gern auf dem Umwege über ein neues München versuchen.

René Schickele gestorben

In einem Vorort von Nizza verschied der Dichter René Schickele im Alter von 56 Jahren. Er kam aus dem Elsass und war der gehorene deutsch-französische Schriftsteller. Aus dem Boden der Grenze stammt sein Erleben, den Menschen der Grenzen entstammen seine Stoffe, Konflikte und Stimmungen. Französisch war seine Muttersprache ebenso wie das Deutsche. Nach dem Weltkrieg liess er sich in Badenweiler nieder. Anfang 1934 schüttelte er den Staub des Dritten Reiches von den Füssen. Der Bürgermeister des Ortes suchte ihn zu halten, verbürgte sich für Schickeles Sicherheit. Man brauchte seinen Namen für den Fremdenverkehr des Kurortes, und man darf glauben, dass die Nazis es sich etwas hätten kosten lassen, um mit dem in Frankreich gut angeschriebenen Dichter zu renomieren. Aber er konnte in dieser Luft nicht atmen; er wäre, französischer Freiheitssinn von der Mutter her im Blute, an der braunen Gemeinheit erstickt. Darum ging er nach Frankreich, seiner zweiten Heimat. Dieser internationale Kopf schrieb elssässische Heimatsbücher von seltener Inbrunst und war mit seinem Leiden an der sprachlich zerrissenen Heimat der Welt des Emigranten literarisch so nahe, wie er es auch menschlich immer blieb.

rg.

Der innere Frontdichter

Der „Völkische Beobachter“ erzählt einiges über die jüngste Tagung geladener Dichter und Schriftsteller im Berliner Funkhaus:

„Ministerialdirigent Berndt bezeichnete den deutschen Dichter als den Hüter der Seele seines Volkes. Um seine Aufgabe in diesem hohen Sinne erfüllen zu können, müsse er mitten im Erleben der Zeit stehen, um so die gewaltigen Impulse für das gegenwartsnahe Schaffen empfangen zu können.“

Man sollte meinen, das die Gegenwart am nachdrücklichsten an der Front erlebt wird. Das Regime ist anderer Meinung:

„Das Wirken des Dichters in der Heimat sei genau so wichtig, wie das jener Kameraden, die das Glück haben, die stürmische Gegenwart an der Front miterleben zu können... Wir fordern den Frontdienst der deutschen Dichter in der Heimat, und wir wollen die deutsche Dichtung wirklich zu einer Waffe unserer Zeit machen.“

Brauchen die Prätorianer der inneren Front schon lyrischen Zuspruch, um im Kampfe gegen den Meckergeist nicht umzufallen?

Die Wahrheit dringt durch

Das Fiasko der deutschen Verordnung gegen Abhören ausländischer Sender

Am 25. Januar wurde über alle deutschen Sender ein Vortrag gehalten, der vom Abhören ausländischer Sendungen abschrecken sollte. Der Vortragende ging von der Verordnung gegen das Abhören fremder Sender aus, und gab dann folgende Erläuterungen:

„Der Paragraph 1 bestraft das absichtliche Abhören ausländischer Sender und Sendungen. Der Paragraph 2 bedroht mit Zuchthausstrafe, eventuell Todesstrafe denjenigen, der das, was der ausländische Sender verbreitet, seinerseits weiter verbreitet. Der Paragraph 3 bestimmt, dass straflos bleibt, wer aus dienstlichen Gründen fremde Sender abhören muss.“

(1) Was ist ein ausländischer Sender? Sämtliche Rundfunksender ausserhalb des deutschen Reichsgebiets sind ausländische Sender, also auch die der Neutralen, und auch die der mit uns befreundeten Neutralen. Es gibt keine Ausnahmen davon. Sie müssen sich darüber klar sein, deutsche Volksgenossen, dass auch der bestgesinnte Neutralensender einmal Nachrichten aus den Feindländern verbreitet.

(2) Verboten ist nicht nur das Abhören ausländischer Nachrichten, sondern auch musikalischer Darbietungen. Auch das fällt unter Paragraph 1 der Verordnung. Das Abhören aller ausländischen Sendungen, ob gesprochener, ob musikalischer, ist verboten. Wer das dennoch tut, hat eine hohe Freiheitsstrafe verwirkt. Es darf nicht sein, dass der Abhörer sich etwa darauf herausreden will, oder kann, er habe ja nur ausländische Musik hören wollen, und er sei aus Versehen dann in die Nachrichtensendungen gerutscht.

(3) Strafbar ist in erster Linie derjenige, der, um ein Beispiel zu nennen, den Londoner oder Strassburger Sender abhört. Wer sich aber etwa auch noch Notizen macht, was leider häufig passiert, ist besonders strafbar. Es wird darauf hingewiesen, dass Milde in Zukunft nicht mehr zu erwarten ist. Der Zuwiderhandelnde

hat schwere und schwerste Freiheitsstrafen zu erwarten, auch werden ihm die bürgerlichen Ehrenrechte auf lange Zeit aberkannt werden.

(4) Bestraft wird auch der, der nur „mit abhört“. Es ist z. B. vorgekommen, dass sich Personen staatsfeindlicher Gesinnung zusammengetan haben, um gemeinsam fremde Sender abzuheben. Strafbar ist in solchem Fall nicht nur der Mitabhörende, sondern auch besonders, wer abhören lässt. In diesem Falle ist bereits der Paragraph 2 der Verordnung verwirkt. Wer andere abhören lässt, der verbreitet fremde Nachrichten im Sinne des Paragraphen 2.

Der Tatbestand ist auch dann voll erfüllt, im Sinne des Paragraphen 2, wenn derjenige, der abhören lässt, selbst nicht dauernd anwesend bleibt. Wenn er z. B. selbst den Raum, das Zimmer usw. verlassen hat, so bleibt der Tatbestand erfüllt, er selbst bleibt schwer strafbar.

Die Verbreitung feindlicher Nachrichten zeugt von ebenso verbrecherischer und ehrloser Gesinnung wie der Landesverrat. Daher wird in schweren Fällen, die wohl fast immer vorliegen dürften, auf Todesstrafe erkannt. Solche Volksschädlinge müssen isoliert und unschädlich gemacht werden.

(5) Als Verbreiter ist auch der strafbar im Sinne des Paragraphen 2, der seinen Apparat in höchster Lautstärke laufen lässt, so dass also ein unbestimmter Personenkreis (Nachbarn, Passanten usw.) die fremden Sendungen, ob sie wollen oder nicht, vernehmen müssen.

(6) Auch Angehörige der Wehrmacht fallen ebenso ausnahmslos unter die Bestimmungen der Paragraphen 1 und 2 und können für sich nicht etwa den Schutz des Paragraphen 3 in Anspruch nehmen, soweit sie nicht einen dienstlichen Auftrag zum Abhören der fremden Sender erhalten haben. Wehrmachtsangehörige haben kein Recht auf Ausnahme, das sich etwa aus ihrer Zugehörigkeit zur Wehrmacht ableiten liesse.

(7) Was für die Wehrmachtsangehörigen gilt, gilt in noch höherem Masse für die Parteigenossen. Sie haben erst recht keine Ausnahmestellung. Sie müssen im Gegenteil, Partei und Wehrmacht, mit einem guten Beispiel den anderen Volksgenossen vorangehen. Bei einem Parteigenossen wird das Abhören fremder Sender in Zukunft besonders strenge Bestrafung nach sich ziehen.

(8) Die Verordnung des Reichsverteidigungsrats gilt nicht nur für Reichsdeutsche, sondern auch für neutrale Staatsangehörige, die in Deutschland sich aufhalten. Wer in Kriegzeiten unser Gastrecht genießt, muss im Kriege dieselben Einschränkungen auf sich nehmen, wie der Deutsche. Er hat also auch nicht das Recht, Sender seiner Heimat abzuheben.

(9) Als Gerichte zur Aburteilung der Verfehlungen gegen die Verordnung des Reichsverteidigungsrats sind Sondergerichte für zuständig erklärt worden. Sie bestehen aus drei Berufsrichtern, und zwar in erster und letzter Instanz. Es handelt sich dabei um ein besonders schnelles Verfahren, denn diesem Gesetz gegen das Abhören fremder Sender und die Verbreitung fremder Lügennachrichten kommt dieselbe Bedeutung zu wie dem „Heimtückegesetz“.

Dieser Einschüchterungsversuch lässt vieles erkennen: den Umfang, in dem in Deutschland ausländische Nachrichten gehört werden, die Kunstgriffe, die dabei angewendet werden, und vor allem die Wirkungslosigkeit der Strafandrohung. Man erkennt auch, wie sehr sich das System vor der Wahrheit fürchtet — die Stelle über die Neutralen sagt alles. Man fürchtet sich zum Beispiel vor den italienischen Sendungen. Man sieht auch, dass die Soldaten und die Pgs. auf die Verordnung gepfiffen haben. Trotz aller schweren Strafandrohungen und aller Einschüchterungsversuche wird das Volk weiter darauf pfeifen.

Rationierte Damenhüte

Es gibt in Deutschland eine „Fachabteilung Damenkopfbedeckung“ und innerhalb dieser Fachabteilung eine „Arbeitsgemeinschaft zur Regelung des Filz- und Sommerhutfverkaufs“. Da die deutschen Damen ihre Köpfe bisher zu hemmungslos bekleidet haben, hat die Arbeitsgemeinschaft den Modistinnen verboten, vor dem 1. Februar „Strohputzen zu zeigen“. Filzhüte sind sogar bis zum 29. Mai aus den Auslagen verbannt.

„Nur in Ausnahmefällen sind einzelne Filzhüte unter einer grösseren Anzahl von Strohhutmodellen zulässig. Entsprechend dieser Regelung dürfen vor dem 29. Mai auch keine Inserate über den Verkauf von Filzhüten veröffentlicht werden.“

Da die Strohhalme ins Brot und die Wollfasern in alle möglichen Ersatzstoffe gebacken werden, darf man sich über das Zusammenschrumpfen der Damenkopfbedeckung nicht wundern. Man fragt sich nur, wozu die deutschen Schaufenster überhaupt noch dienen, wenn nicht dazu, eines Tages eingeschlagen zu werden.

Gurkensalat. Zu den Leidtragenden des Stalin-Hitlerpaktes gehören die deutschen Abreissskalender. So ist auf einem Abreisblatt vom 3. Januar zu lesen: „Der Kommunismus aber ist der Schrittmacher für den Tod, für den Volkstod, für den Untergang! Adolf Hitler.“ — „Pellkartoffeln mit Speck- und Gurkensalat.“ — Wobei der deutsche Leser lediglich ob des Gurkensalats staunt. Woher Gurken im Januar?

BEZUGSBEDINGUNGEN

Der NEUE VORWAERTS kostet

In	Einzelnummer	im Vierteljahr
Argentinien	Ps. —,30	1,99
Belgien	frs. 2,—	24,—
Brasilien	Mils. 1,—	12,—
Bulgarien	Lev. 8,—	96,—
Estland	kr. —,22	2,91
Finnland	Fmk. 4,—	48,—
Frankreich	frs. 1,50	15,—
Georgien	—	—
Holland	fl. —,15	1,90
Italien	Lir. 2,10	17,90
Jugoslawien	Din. 4,50	36,—
Lettland	Lai. —,30	3,60
Litauen	Lit. —,25	2,50
Luxemburg	frs. 1,50	15,—
Norwegen	kr. —,35	4,20
Palästina	P. Pf. —,030	4,20
Portugal	Esc. 2,—	24,—
Rumänien	Lei. 10,—	120,—
Schweden	skr. —,35	4,20
Schweiz	fr. —,30	3,60
Ungarn	Pengo. —,35	4,20
USA	Doll. —,08	1,—

Freiheitskalender

Im Verlag Sebastian Brant (Paris) erschien wiederum ein „Deutscher Freiheitskalender“, der dem Kampfe gegen die Diktaturen gilt. Alle Holzschnitte beleben die 100 Seiten, auf denen lesenswerte Beiträge über Deutschlands Geschichte, das Gesicht der braunen Barbarei, deutsche Psychologie und Perspektiven der Zukunft zu finden sind. Hervorzuheben wäre Thomas Manns Aufsatz über Kultur und Politik, Veit Valentins historische Betrachtungen, Arthur Köstlers antike Skizze „Die Kreuze“. Mit kleinen Beiträgen sind einige Schriftsteller zu finden, die sich in einem Freiheitskalender etwas merkwürdig ausnehmen, denn sie haben sich bis heute noch nicht klar darüber aussprechen können, ob sie für die wirkliche oder für die Hitler-Stalinsche Freiheit sind. Unrecht tun würde man mit diesem Vorwurf höchstens Andersen Nexö, der sich mit arteriosklerotischer Beharrlichkeit der Moskauer

Krippe verschrieben hat, ob nun daneben das Hakenkreuz weht oder nicht. Der Kalender zitiert von ihm nur einen Spruch: „Die Aufgabe der Emigranten ist die schwerste, aber auch die wertvollste, die es heute gibt. Wie Samen und Keime der Freiheit wehen sie über die Grenzen und bereichern die Kultur der Länder, wo sie Obdach finden. Jedes Land sollte mit offenen Armen die Emigranten aufnehmen — und dazu dankbar sein...“ Vom „Vaterland des Proletariats“ abgesehen, das sich bisher entschieden weigerte, die „Samen und Keime der Freiheit“ aufzunehmen und die Bereicherung durch nazistische Gäste vorzog.

Warum also musste sich der „Freiheitskalender“ einiger der Moskauer Mitläufer bemächtigen? Wen wollte er damit über die wahre Sachlage täuschen? Sich oder diese Auch-Humanisten? Die neue Klarheit, mit der das Vorwort kokettiert, ist das nicht. rg.

Lorbeeren

Gespräch 1956

„Und dann, mein Sohn, möcht' ich euch ernstlich raten, dass ihr uns etwas Dank entgegenbringt. Wir waren nämlich deutsche Frontsoldaten, als ihr noch friedlich in die Schule gingt und euch am Deutschlands Not nicht weiter schertet. Es stünde euch, die ihr das Szepter schwingt, viel besser an, wenn ihr die Väter ehrt.“

„Ja, Vater, längst schon wollt ich mit dir sprechen. Wie ist das eigentlich, da sagst mir doch, ihr kanntet Hitlers blutige Verbrechen, ihr hasstet seine Macht und euer Joeh — und habt in seinem Namen doch geschossen, Frontkämpfer ihr, und rühmt euch dessen noch, rühmt euch des Menschenbluts, für ihn vergossen?“

„Nimm doch Vernunft an! Ja, uns allen graute vor diesem Krieg. Wir hätten uns gewehrt, doch ahnst du nicht, wie Hitlers Terror hauste...“ „Kurz, keiner hat die Flinte umgekehrt. Und dafür sollen wir euch danke sagen? Wofür erwartet ihr, dass man euch ehrt — für eure Angst und Hitlers Niederlagen?“

„So sollen wir vor euch die Stirnen senken, uns schämen gar — vor unserm eignen Blut?“ „Nein, nicht vor uns. Ihr sollt an Polen denken und an die Schmach, die Deutschland auf sich lud. Ihr wart dabei. Ihr habt es mit verschuldet, dass auf uns Jungen Hitlers Schande ruht, dass man uns draussen widerwillig duldet, dass alle Welt auf uns mit Fingern zeigt. Rühmt euch nicht eurer Taten, sondern — schweigt!“

